

Vorlage Nr. I/96/2011
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Umsetzung der Beschlüsse zur Klimastadt Bremerhaven

A Problem

In ihrer Sitzung am 04.11.2010 hat die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage „Klimastadt Bremerhaven - Organisatorische und operative Umsetzung“ (vgl. StVV-V Nr. 49-2010-1) beschlossen. Dem vorausgegangen ist eine gleichlautende Beschlussfassung des Magistrats Bremerhaven am 27.10.2010.

Der Beschluss sieht die folgenden Finanzierungsansätze für die Umsetzung der Projekte im Rahmen der Klimastadt Bremerhaven vor:

Herr Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes übernimmt die Funktion als Koordinator der Klimastadt Bremerhaven. Er vertritt die Klimastadt nach außen und koordiniert die lokalen Klimaprojekte im Sinne einer Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts Klimastadt. Die Finanzierung erfolgt laut Beschluss seit 2011 aus Haushaltsmitteln des Referats Wirtschaft.

Zur zentralen Koordinierung aller künftigen Klimastadt-Aktivitäten sowie zur organisatorischen und fachlichen Unterstützung und Entwicklung der Projektgruppen in Bremerhaven wurde die Einrichtung einer Geschäftsstelle „Klimastadt Bremerhaven“ beschlossen. Die Geschäftsstelle umfasst eine Assistenzstelle inklusive Büro und Arbeitsmittel. Die erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von bis zu 480.000 € für den Projektzeitraum 2010 bis 2013 sollten von der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) bei der zuständigen EFRE-Behörde im Förderbereich 2.3 beantragt werden.

Zudem soll ein Marketing- und Veranstaltungskonzept entwickelt werden. Die erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von bis zu 20.000 € sollten von der BIS bei der zuständigen EFRE-Behörde beantragt werden.

Weiterhin soll eine Machbarkeitsstudie für Demonstrationszentren erarbeitet werden. Die federführenden Akteure WAB und AWI sollten mit Unterstützung des Referats für Wirtschaft die dazu erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von bis zu 30.000 € bei der zuständigen EFRE-Behörde beantragen.

B Lösung

Seit Januar 2011 besteht zwischen Herrn Prof. Dr. Schulz-Baldes und der BIS ein Beratervertrag.

Die Beantragung von EFRE-Mitteln für die Einrichtung einer Klimastadt-Geschäftsstelle wurde vom Senator für Wirtschaft und Häfen (SWH) und vom Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (SUBVE) abgelehnt. SUBVE und SWH fordern stattdessen, sowohl im Hinblick auf die Finanzierung von Personal als auch bei der Unterstützung von konkreten Maßnahmen innerhalb der Klimastadtarbeitsgruppen, auf bereits bestehende Fördertöpfe innerhalb Bremerhavens zurückzugreifen.

In einem gemeinsamen Gespräch zwischen SWH, SUBVE, BIS, energiekonsens und dem Referat für Wirtschaft wurden daraufhin alternative Finanzierungswege erörtert.

Für die künftige Finanzierung der Geschäftsstelle Klimastadt sowie der Klimastadtprojekte „Marketing Klimastadt“ und „Machbarkeitsstudie für Demonstrationszentren“ wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Einrichtung einer Geschäftsstelle

Energiekonsens hat im swb-Gebäude in der Schifferstraße 36-40 ein mehrräumiges Büro angemietet. Es besteht dort die Möglichkeit, dass die drei Klimaschutz-Einrichtungen KEP 2020 (Land, Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven), energiekonsens und Klimastadt Bremerhaven unter einem Dach arbeiten, um Kräfte zu bündeln, Ideen auszutauschen und Synergieeffekte zu nutzen. Das Büro umfasst drei Büroräume, einen Sitzungsraum, Flur, Küche, Putzraum und Sanitärräume. Für die Klimastadt-Geschäftsstelle mietet die BIS einen Büroraum im „Klimabüro“ von energiekonsens in der Schifferstraße an.

Die monatlichen Kosten für das ca. 17 m² große Büro ergeben sich aus einer Kaltmiete von 4,95 €/m² zuzüglich 2,04 €/m² Festnebenkosten. Dazu kommen anteilige Kosten für die Reinigung der Büroräume von monatlich ca. 100 €. In der Raummiete enthalten ist die Nutzung der Nebenräume. Energiekonsens übernimmt freundlicherweise die Kosten für die Miete des gemeinsamen Besprechungsraumes und die gemeinsame Nutzung des Kopierers und des gemeinsamen Datennetzwerks.

Zur Finanzierung der Miet- und Nebenkosten sowie Reisekosten, Büroausstattung, Telefone und Mobiliar für das Büro der Klimastadt wird seitens SWH und SUBVE keine Fördermöglichkeit gesehen. Diese Kosten sollen durch die Stadt Bremerhaven getragen werden.

Eine Kostenschätzung, basierend auf Angaben von energiekonsens zu Mieten und Büroeinrichtung, beläuft sich etwa auf folgende Summen:

Kosten p. a.	2011	2012	2013
Mobiliar	1.800 €	-	-
Technik	1.800 €	-	-
Telefon u. Büromaterial (ab 06/2011)	2.400 €	3.000 €	3.000 €
Miete + NK (ab 06/2011)	1.500 €	2.500 €	2.500 €
Reise- und Konferenzkosten	3.000 €	4.000 €	4.000 €
Summe p. a.	10.500 €	9.500 €	9.500 €
Gesamt bis 2013 ca.			29.500 €

Finanzierung einer Personalstelle

Die Assistenz wird über die BIS eingestellt. Unter der Voraussetzung, dass die/der Stelleninhaber/in neben der Unterstützungsfunktion des Klimastadtrepräsentanten auch Aufgaben z. B. der Büroorganisation für die Mitarbeiter/innen im Umsetzungsmanagement des KEP 2020 in Bremerhaven wahrnimmt, ist der SUBVE bereit, 50 % der Kosten für die Assistenzstelle zu übernehmen, indem der Dienstleistungsvertrag zwischen SUBVE und BIS, der die Beleihung der BIS regelt, entsprechend angepasst wird. Die BIS wird dem SUBVE darlegen, dass ihr Aufgabenspektrum in Bezug auf Programme für den Umwelt- und Klimaschutz und angesichts der vielen neuen Aktivitäten und Projekte der Klimastadt gewachsen ist, weshalb eine entsprechende personelle Aufstockung erforderlich ist. Energiekonsens hat sich bereit erklärt, ca. 30 % der Stelle (max. ca. 10.660 €) aus eigenen Mitteln zu finanzieren, unter der Bedingung, dass die Assistenzstelle mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die anfallenden laufenden Bürokosten bis 2013 ausgestattet wird. Die Stelle soll mit etwa 40.000 € Jahresgehalt (brutto) vergütet werden. Die Finanzierung über das Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) und energiekonsens decken etwa zwei Drittel der Kosten der Personalstelle, eine Stellenausschreibung müsste daher für 75 % der Arbeitszeit erfolgen.

Projektfinanzierung

Das Vorhaben „Marketing- und Veranstaltungskonzept“ soll aus den Mitteln „FuE-Meile“ finanziert werden, da sich durch die Klimastadtaktivitäten neue Zielsetzungen ergeben haben, die eine Nutzung der dort eingestellten Marketingmittel rechtfertigen. Veranstaltungen sollen im Rahmen bestehender Programme (z. B. Fonds für wissenschaftliche Kongresse, Veranstaltungsförderung, weitere Drittmittelprogramme) finanziert werden.

Finanzielle Mittel für die geplante Machbarkeitsstudie „Demonstrationszentren“ sollen ebenfalls bereits in bestehenden Programmen beantragt werden, so z. B. im Rahmen der GRW¹, des FEI² oder auch anderen Drittmittelprogrammen.

C Alternativen

Eine Klimastadt-Geschäftsstelle wird nicht eingerichtet. Eine Unterstützung des Klimastadtkoordinators in Form einer organisatorischen und fachlichen Begleitung der bereits laufenden und künftigen Klimastadtaktivitäten wäre somit nicht gewährleistet.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Die unter A „Einrichtung einer Geschäftsstelle“ beschriebenen Kosten für den Betrieb der Klimastadt-Geschäftsstelle belaufen sich von 2011 bis 2013 auf insgesamt ca. 29.500 €. Die Finanzierung erfolgt aus den von der BIS verwalteten Grundstückserlösen/Pachteinnahmen.

Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte.

E Beteiligung / Abstimmung

BIS.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt zur Kenntnis, dass die BIS folgende finanzielle Mittel erhält:

- 50%ige Finanzierung der Personalstelle über eine Erweiterung des Dienstleistungsvertrages mit dem SUBVE,
- 20.000 € für das Klimastadtprojekt „Marketing“ aus den Marketingmitteln „FuE-Meile“,
- 30.000 € für das Klimastadtprojekt „Demonstrationsprojekte“ aus dem FEI-Programm bzw. aus GRW-Mitteln.

Der Magistrat beschließt, dass die für den Betrieb der Geschäftsstelle Klimastadt bis 2013 notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von insgesamt ca. 29.500 € aus den von der BIS verwalteten Grundstückserlösen/Pachteinnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Der Magistrat bittet den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Grantz
Oberbürgermeister

¹ GRW: Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

² FEI: Landesprogramm zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation